

Thomas Meyer

## Weiche oder harte Macht? Politische Journalisten können beides

Die Medienbegleitung des Bundestagswahlkampfs 2013 zeigte ein bis dahin ungekanntes, manche Kritiker meinten: alarmierendes Maß an Homogenität, an Verlust von diskursivem Pluralismus.

An die Stelle der innerjournalistischen Vielfalt, der wechselseitigen Kritik der großen Medienhäuser in so ausschlaggebenden Fragen wie dem Rang von Themen, den politischen Sichtweisen und Richtungssympathien, der Verteilung offener oder untergründiger Zuneigung für konkurrierende Kandidaten und Programme, trat großes Einvernehmen. Mainstreaming wie noch nie, so lautete denn auch das Urteil vieler Fachkritiker. Eine Art Selbstgleichschaltung schien sich der Gemüter im journalistischen Felde zu bemächtigen. Wie ist das möglich?

Platte Verschwörungstheorien sind natürlich fehl am Platze. Was dann? Zwei Befunde sind für die empirisch relevante Erklärung aufschlussreich. Der erste: Es gibt trotz der Heterogenität und Komplexität im Berufsfeld des politischen Journalismus (und nur um den geht es hier) drei deutlich identifizierbare Gruppen, deren Verhältnis sich – mit wachsender Konzentration der Branche zunehmend – in einer klaren Einflusshierarchie abbilden lässt. An der Spitze der Pyramide stehen die Alphajournalisten: Herausgeber, Chefredakteure oder Ressortleiter, die als Publizisten bzw. Regisseure großer (Feuilleton-)Debatten wirken, eine Art Dirigenten des Mainstream-Chors; auf der nächsten Ebene folgen die festen und leitenden Redakteure, und ganz unten steht das wachsende Heer der Freien und Nebenberuflichen, der Prekären also, die weder Themen setzen noch Kampagnen auslösen können und von den Entscheidern abhängen. Die Alphajournalisten und Starpublizisten orchestrieren (ohne Ver-

schwörung und Befehlsketten) das gesamte Feld, nicht nur den Ton, sie entscheiden auch formell und informell maßgeblich über Karrieren und Renommee, mittlerweile oft über die Grenzen von Redaktionen und Medienhäusern hinweg. Der große Frank Schirrmacher war der Idealtyp, immerhin auch ausgestattet mit der in der Branche äußerst raren Begabung zur rücksichtslosen Selbstkritik, denn er mahnte kurz vor seinem frühen Tod 2014 die Kollegen, sie sollten sich endlich einmal selbstkritisch mit ihrem grassierenden »journalistischen Übermenschentum« befassen. In ihren endlosen Elogen auf den bedeutenden Mitstreiter haben die Kollegen diesen Teil seines Vermächtnisses leider nicht nur komplett ignoriert, sie beißen auch jeden wütend weg, der daran erinnert. Woran liegt das?

Dazu der zweite Befund: Die tonangebende Kerngruppe des politischen Journalismus wird offenbar über Klassen- und Milieugrenzen hinweg durch drei Mechanismen integriert, die für Konvergenz sorgen. Der erste ist der von Lutz Hachmeister herausgearbeitete Generationenwechsel im politischen Journalismus, verbunden mit einem Wandel hin zu »neubesitzbürgerlichen Mentalitäten«. Nach dem Ende der Ost-West-Konkurrenz hat im Zuge von Globalisierung und Neuer Ökonomie eine Riege von Journalisten das Ruder übernommen, die sich vom linksliberalen Habitus ihrer Vorgänger ab- und der neoliberalen Weltsicht zugewandt haben. Damit geht nicht nur die Aufwertung sozio-ökonomischer Eigeninteressen und eine Geringschätzung der sozialen Solidarität und Themen einher, diese Haltung ist auch der Nährboden für ihre überall zutage tretende Präferenz für eine schwarz-grüne Koalition, die den favorisierten wirtschafts-

politischen Liberalismus mit einer großen Bandbreite moderner kultureller Orientierungen kombinieren und damit breite politische Mehrheiten sichern könnte. Jakob Augstein, ein linker Störenfried in diesem Konzert, hat das einstmals links-liberale Wochenblatt DIE ZEIT in diesem Zusammenhang jüngst als »schwarz-grünen Thinktank« bezeichnet. Und die Leute von der ZEIT stehen damit nicht allein. Das Grün, um das es dabei geht, ist freilich immer das »rechte« Grün der Realos und Hyper-Realos.

Als weitere Mechanismen wirken das System der »karrierebezogenen Abhängigkeiten« sowie die historisch bedingte »Gruppensolidarität«, die gerade bei einer von selbstbewussten Individualisten geprägten Profession erstaunen mag, aber dennoch Realität ist. Gerade wenn die ganze Branche

### *Geschlossenheit bis zur Selbst- homogenisierung*

in den Kampagnenmodus schaltet, entsteht dann eine Geschlossenheit, die im schlimmsten Fall ähnlich problematisch sein kann wie die freiwillige und weitgehend unkritische Selbsthomogenisierung des US-amerikanischen Journalismus nach dem 11. September 2001. Das steigert die mediale Macht.

Das »Regieren« (governance), die Steuerung moderner Gesellschaften, erfolgt zwar weiterhin auch durch das Handeln von Regierungen und Parlamenten. Diese repräsentieren aber nur noch die Spitze eines gewaltigen, oft unsichtbaren Unterbaus von zahllosen Steuerungsprozessen in der Gesellschaft. Überall hängt die demokratische Qualität des Regierens davon ab, ob alle, die von einer Entscheidung betroffen sind, die Möglichkeit haben, gleichberechtigt und wohl informiert an deren Zustandekommen mitzuwirken. Kommunikationsmakler wie die Journalisten der Mediendemokratie haben es daher weitgehend in der Hand, ob dieses Ideal erreicht wird. Sie können auf der großen Bühne und den vielen kleinen Bühnen als Anwälte aller

Bürger agieren oder ihr Zugangsprivileg zur Öffentlichkeit nutzen, um Debatten durch scheinbare Selbstverständlichkeiten, die sie ihren Stücken zugrunde legen, durch das Ausblenden oder Ausleuchten von Themen und Personen in eine bestimmte Richtung zu lenken. Gerade in Zeiten des Mainstreaming und der weitgehenden Homogenisierung medialer Diskurse üben die Journalisten dann selbst »Soft Power« aus, mediale Kommunikation wird zu einer Spielart des Regierens.

Indem sie die Themen des Tages sowie den Korridor bestimmen, innerhalb dessen Entscheidungen als sinnvoll erachtet werden, und durch Beliebtheitsrankings die Chancen amtierender Politiker und ihrer Herausforderer beeinflussen, haben die Medien gleichzeitig auch Anteil an der »Hard Power« der Regierungspolitik. Sie können die Besetzung von Schlüsselämtern sowie die parlamentarische Gesetzgebungsarbeit zwar nicht direkt kontrollieren, aber all das wird durch sie erheblich vorgeprägt. Und die Zahl der Politiker ist nicht gering, die sich zur Sicherung einer halbwegs entgegenkommenden Berichterstattung zum Zusammenspiel mit den stärksten medialen Akteuren entschließen.

Der skizzierte Mechanismus des Mainstreaming im politischen Journalismus erzeugt im Zusammenspiel mit den allgegenwärtigen medialen Regeln zur dauernden Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit für die Qualität, ja: für die schiere Möglichkeit von Demokratie zwei Arten gravierender Probleme. Zum einen: Bis in die Spalten der Qualitätspresse hinein bedient der politische Journalismus regelmäßig auf anbiedernde Weise populistische Vorurteile. Politik wird häufig in einer psychologisierenden oder privatisierenden Sprache dargestellt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Verwendung von Begriffen wie »Gezänk« oder »Postengeschacher«, die sowohl Absprachen wie auch Streit zwischen den angeprangerten Politikern in die Nähe des mittlerweile notorischen »Zickenkriegs«

zwischen irgendwelchen B-Promis rücken. Dass sich in der Sprache oft ganze Weltbilder verbergen, dass es einen Unterschied ums Ganze machen kann, ob man die Akteure »zanken« oder »streiten«, »schachern« oder »verhandeln« lässt, weiß jeder Journalist. Dennoch werden oft negativ konnotierte Begriffe benutzt, die sozusagen als kulturelle Kontrabande eine entpolitisierte Weltsicht transportieren und zementieren: Politik als eine Art Familienstreit, oft um nichts – etwas prinzipiell Verantwortungloses, ja Abstoßendes.

Zum Anderen: Wie man mit (zumal subkutanen) Begriffsroutinen folgenreich Politik machen kann, indem man immer wieder bestimmte ideologisch imprägnierte Vokabeln benutzt, zeigt sich bei den Kernthemen der kapitalistischen Demokratie. Selten wird in den Produkten des politischen Journalismus erkennbar, dass der Sozialstaat in Deutschland und der EU Verfassungsrang hat, mit sozialen Staatsbürgerrechten und dem Grundrecht auf umfassende soziale Sicherung und Teilhabe (soziale Bürgerschaft). In der angelsächsischen libertären Demokratie hingegen gelten soziale Leistungen als Geschenke der Vermögenden oder eines gnädigen Staates.

Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, dass die libertäre (neo-liberale) Weltsicht heute den journalistischen Mainstream der Republik prägt. Er bestimmt das im politischen Journalismus vorherrschende politische Weltbild. Alle Arten von Sozialleistungen, jegliche Politik der Umverteilung werden fast flächendeckend mit dem hochideologischen Etikett »soziale Wohltat« ins Licht des Bedenklichen getaucht. Solche Begriffe verwandeln auf den ersten Blick neutrale Artikel in nicht gekennzeichnete Kommentare. Wo schein-

bar nur berichtet wird, wird in Wahrheit agitiert. Ein komplettes politisches Weltbild wird durch den steten Tropfen, der aus den Zeilen und ihren Zwischenräumen fällt, in der Gesellschaft geformt. Der Spielraum legitimer politischer Machtausübung wird durch beharrliches Wiederholen und die insinuerende Kraft des scheinbar Selbstverständlichen immer weiter eingengt, während soziale Probleme wie Exklusion, horrende Ungleichheiten und die verstörenden Defizite öffentlicher Güter als relevanter Teil der Wirklichkeit nur noch ausnahmsweise vorkommen – fast schon als bloße Einbildung notorischer Querulanten und Wichtigtuer. Wer Lösungen für diese verdrängten Probleme zum politischen Programm macht, braucht dann in dieser Art von Öffentlichkeit gar nicht mehr anzutreten.

Nicht der geringste Zweifel: Die Presse ist frei und muss es bleiben. Nichts anderes als Selbstkritik und Selbstkorrektur kommt als Rezept gegen die diagnostizierten Gebrechen infrage. Ist das zu viel verlangt? Vielleicht hilft das Internet, das viel gescholtene, ein wenig dabei. In ihm wirkt mittlerweile – neben Dr. Seltsam und einer gewaltigen aufgeblähten Pöbelmaschine – eine Vielzahl von kundigen und aufmerksamen Kritikern des selbstgefälligen journalistischen Übermenschentums, zumeist am konkreten Beispiel, darauf hin. Und dort – im Netz – gehen mittlerweile einige der attackierten Journalisten ganz offen auf die Kritik ein. Das reicht aber nicht, die Demokratie braucht einen Wandel mitten im Herzen der großen öffentlichen Medien. Da müsste doch etwas zu machen sein.

Aus: *Thomas Meyer: Die Unbelangbaren. Wie politische Journalisten mitregieren. Edition Suhrkamp, Berlin 2015, 186 S., 15 €.*



#### **Thomas Meyer**

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG|FH.

*thomas.meyer@fes.de*